

VON SUSANNE GÜSTEN

ISTANBUL Regelmäßige Regierungsgespräche und „selbstverständlich“ auch Waffenlieferungen: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat bei seinem Besuch in Istanbul mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan einen Neuanfang in den Beziehungen nach jahrelangem Dauerstreit vereinbart. Experten sprechen von einer „neuen Harmonie“, die beiden Politikern innenpolitisch nützen soll. Die tiefen Differenzen in ihrer Haltung zum Nahostkonflikt werden dabei ausgeklammert.

Es war das achte persönliche Treffen von Scholz und Erdogan seit dem Amtsantritt des Kanzlers vor knapp drei Jahren. Die beiden Politiker kommen in Gesprächen gut miteinander aus, wie es von deutscher Seite hieß. Das war auch bei der Pressekonferenz nach der Unterredung am Samstag in Istanbul zu spüren. Anders als bei früheren Begegnungen spielte die Lage von Menschenrechten und Rechtsstaat in der Türkei diesmal keine Rolle.

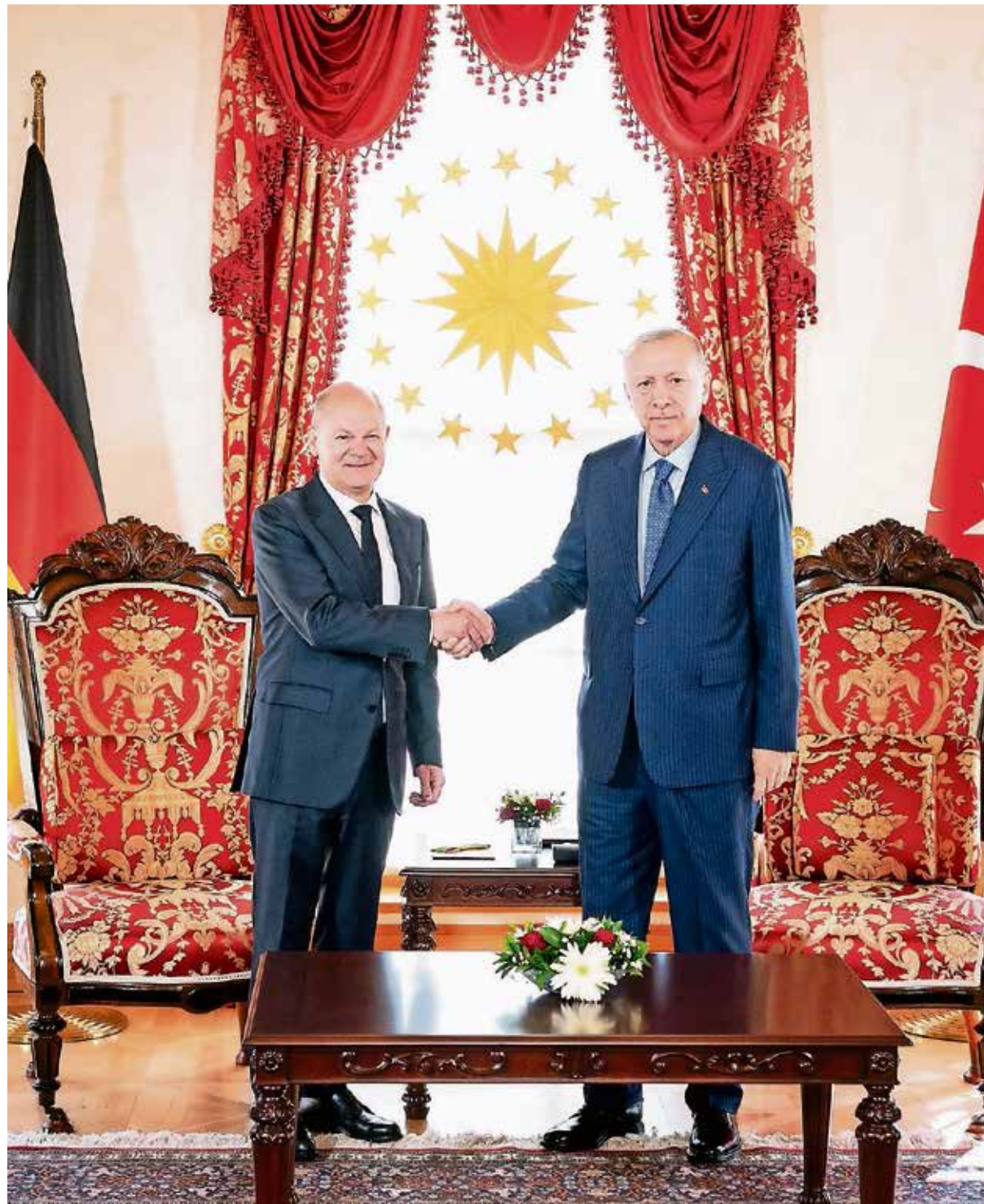
Die Bundesregierung will nach den Worten von Scholz in allen Politikfeldern enger mit der Türkei ins Gespräch kommen. So will der Kanzler die deutsch-türkischen Regierungskonsultationen neu beleben, die erst ein einziges Mal stattgefunden haben und seit ihrer Eröffnungssitzung vor fast neun Jahren unterbrochen sind.

Zu den angestrebten intensiveren Kontakten gehören auch Gespräche über den Rüstungssektor. Die Türkei will 40 Eurofighter für mehrere Milliarden Euro kaufen, doch Deutschland sträubte sich lange gegen den Export des europäischen Gemeinschaftsprodukts an Ankara. Nun sagte Scholz, Waffenlieferungen an den Nato-Partner seien „selbstverständlich“. Die Rüstungscooperation zwischen Deutschland und der Türkei sei neu belebt worden. „Das ist, glaube ich, ein guter Schritt.“

Der beginnende Wahlkampf in Deutschland sei ein wichtiger Faktor bei der Wiederannäherung, sagt die Politologin Ebru Turhan von der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul. „Das Treffen läutet eine neue Harmonie in den Beziehungen ein, die lange gestört waren“, sagte Turhan unserer Redaktion. Scholz und die SPD setzten „zunehmend auf eine harte Migrationspolitik“. Für rasche Abschiebungen, „braucht Scholz unbedingt die Kooperation mit der Türkei“. Erdogan dürfte von Scholz „politische und materielle

Neuanfang am Bosphorus

Die deutsch-türkischen Beziehungen waren lange von Streitigkeiten geprägt. Beim Besuch von Olaf Scholz in Istanbul setzen der Kanzler und Präsident Recep Tayyip Erdogan auf Harmonie.



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan zu Beginn ihres Treffens am Samstag in Istanbul. FOTO: GUIDO BERGMANN/BUNDESREGIERUNG/DPA

Anreize und Belohnungen im Austausch für Ankaras Kooperation“ verlangt haben, fügte Turhan hinzu.

Auch Erdogan hofft auf innenpolitische Vorteile, sagt der Türkei-Experte Hüseyin Cicek von der Universität Wien. Das in Istanbul genannte Ziel, den deutsch-türkischen Handelsaustausch auf 60 Milliarden Euro im Jahr zu steigern, helfe Erdogan, weil die Wirtschaftskrise für viele Türken das größte Problem sei. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland suggeriere Erdogans Wählern, dass der Präsident „ausschließlich auf verlässliche Kooperationspartner wie Deutschland“ setze, sagte Cicek unserer Redaktion. „Die Kooperation mit Deutschland wird von Erdogan auch genutzt, um in den Bereichen Rüstung und Flüchtlingspolitik Vorteile zu erzielen.“

Um die Gemeinsamkeiten nicht zu gefährden, verzichteten Scholz und Erdogan auf rhetorische Eskalationen. So hielten sich beim Streitthema Nahost beide Seiten zurück. Scholz ging nicht darauf ein, dass Erdogan seinen Völkermord-Vorwurf an Israel bekräftigte und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu vorhielt, er wolle den Konflikt in der Region ausweiten. Der Kanzler verwies auf das Selbstverteidigungsrecht Israels und betonte die gemeinsame Forderung nach einem Waffenstillstand in Gaza.

Türkei-Experte Cicek sieht Probleme für die „neue Harmonie“ voraus. Erdogan werde von einer engeren Kooperation mit Deutschland und Europa profitieren, „da er dadurch weiterhin militärisch über die Grenzen der Türkei hinaus agieren kann und dabei von seinen europäischen Partnern nur wenig Kritik zu erwarten hat“. Turhan erwartet deshalb, dass die deutsch-türkischen Beziehungen turbulent bleiben werden: „Die Achterbahnfahrt der letzten Jahre wird weitergehen.“

INFO

Türkei fordert Reisefreiheit

Reisen Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan forderte erneut Reisefreiheit für seine Bürger in Europa.

Visum Bundeskanzler Olaf Scholz versprach, alles zu tun, dass Visumsanträge aus der Türkei schneller bearbeitet werden.

MELDUNGEN

Neue Linken-Spitze startet in den Wahlkampf

HALLE (dpa) Nach dem Linken-Parteitag in Halle startet das neue Führungsduo Ines Schwerdtner und Jan van Aken direkt in den Wahlkampf, um 2025 wieder den Einzug in den Bundestag zu sichern. Mit Freiwilligen wollen sie an Hunderttausenden Haustüren klingeln und Menschen nach ihren konkreten Nöten und Wünschen fragen. Die Antworten würden systematisch ausgewertet. Zudem votierte der Bundesparteitag der Linke mit großer Mehrheit für eine Prüfung eines AfD-Verbots. Zugleich hat sich die Linke nach jahrelangem Streit gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen positioniert.

Protest gegen vorerst letzte „Pegida“-Demo

DRESDEN (epd) Lautstark haben am Sonntag in Dresden Hunderte Menschen gegen die vorerst letzte „Pegida“-Demonstration protestiert. Auf dem Neumarkt vor der Frauenkirche versammelten sich laut Veranstalterangaben rund 1000 Gegendemonstranten. Organisiert wurde der Protest unter anderem von der Initiative „Herz statt Hetze“. Nach zehn Jahren hatte die islam- und asylfeindliche „Pegida“-Bewegung nach eigenen Angaben ihre vorerst letzte Versammlung angemeldet. Zum vorläufigen Schlusspunkt kamen laut Beobachtern ebenfalls etwa 1000 Menschen. Darunter mischten sich unter anderem auch Anhänger der rechtsextremen Partei Freie Sachsen. Die Polizei schirmte beide Veranstaltungen strikt voneinander ab.

Spende: 50.000 Euro für gestohlene Stolpersteine

ZEITZ (epd) Nach dem Diebstahl von zehn Stolpersteinen in Zeitz in Sachsen-Anhalt sind rund 50.000 Euro an Spenden zur Wiederherstellung der Gedenkzeichen für Opfer des Nationalsozialismus zusammengekommen. Das teilte der Evangelische Kirchenkreis Naumburg-Zeitz unter Berufung auf die Initiative Stolpersteine für Zeitz mit. Wann die Wiederherstellung durch den Künstler Gunter Demnig erfolgen wird, ist noch offen. Die Gedenksteine waren am Wochenende vor dem 7. Oktober von Unbekannten entfernt worden.

Hunderte Kliniken sollen schließen

Karl Lauterbachs umstrittene Krankenhausreform will den Finanzdruck mindern.

BERLIN (dpa) Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erwartet, dass als Folge der Krankenhausreform auch Kliniken schließen. „Es ist ganz klar, dass wir in zehn Jahren spätestens ein paar Hundert Krankenhäuser weniger haben werden“, sagte der SPD-Politiker der „Bild am Sonntag“. Das sei auch richtig so. „Für diese Krankenhäuser haben wir nicht den medizinischen Bedarf.“ Schon jetzt stehe jedes dritte Bett leer, und es gebe zu wenig Personal. Vor allem in westdeutschen Großstädten dürften Kliniken wegfallen. Zugleich betonte er, dass benötigte Häuser auf dem Land Zuschläge bekämen, um zu überleben.

Lauterbach erklärte am Sonntag ergänzend, die Reform sichere eine flächendeckende Versorgung und Sorge für mehr Qualität. „Krankenhäuser auf dem Land bleiben erhalten. Aber mehrere Hundert Kliniken – vor allem in westdeutschen Großstädten – werden nicht mehr so weiterarbeiten können wie bisher. Sie werden umgewidmet oder können nicht mehr alle Leistungen anbieten.“ Er sei sicher, dass die Länder dies verantwortungsvoll planen würden. „Die Reform hilft, ein ungesteuertes Krankenhaussterben zu verhindern.“

Die vom Bundestag beschlossene Reform soll die Finanzierung der Kliniken auf eine neue Grundlage stellen und zu mehr Spezialisierung bei komplizierteren Eingriffen führen. Vorgesehen ist, die bisherige

Vergütung mit Pauschalen für Behandlungsfälle in Kliniken zu ändern. Künftig sollen sie 60 Prozent der Vergütung schon für das Vorhalten bestimmter Angebote bekommen. Das soll den Druck senken, möglichst viele Fälle zu behandeln.

Deutschland hat nach Angaben des Gesundheitsministeriums mit rund 1700 Krankenhäusern die höchste Krankenhaus- und Bettendichte in Europa. Viele Kliniken schreiben rote Zahlen. Lauterbach sieht die Reform deshalb auch als eine Notbremse: Ohne Änderun-

„Für diese Krankenhäuser haben wir nicht den medizinischen Bedarf“

Karl Lauterbach (SPD)
Bundesgesundheitsminister

gen drohten Klinik-Insolvenzen, schlechte Behandlung und weite Wege. Die Reform kommt abschließend noch in den Bundesrat. Zustimmungsbefürworter ist nicht, die Länderkammer könnte sie aber in den Vermittlungsausschuss schicken und bremsen. In Kraft treten soll die Reform zum 1. Januar 2025. Umgesetzt werden soll die neue Struktur nach und nach bis 2029.

Nach der prognostizierten Erhöhung der Krankenkassenbeiträge 2025 erwartet Lauterbach danach vorerst keine weiteren Steigerungen. Er glaube nicht, dass für 2026 noch mal die Krankenkassenbei-

träge erhöht werden müssten. „Mit den Reformen, die wir jetzt schon gemacht haben, die jetzt anfangen zu wirken, und den Reformen, die wir gerade machen, kommt tatsächlich auch dieser Beitragssatzanstieg zu einem Stopp.“

Lauterbach hatte die von Experten prognostizierte Erhöhung der Beiträge historisch genannt. Fachleute des sogenannten Schätzerkreises hatten für das Bundestagswahljahr 2025 eine rechnerisch nötige Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags um 0,8 Punkte auf 2,5 Prozent vom beitragspflichtigen Einkommen ermittelt. Bei dem Wert handelt es sich allerdings um eine theoretische Größe. Wie sehr der Zusatzbeitrag steigt, entscheidet jede Krankenkasse für sich. Der gesamte Beitrag, den sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen, umfasst daneben den allgemeinen Satz von 14,6 Prozent des Bruttolohns.

Ohne die Krankenhausreform wäre der Beitragssatz nicht so stark gestiegen, wie es jetzt erwartet werde, sagte Lauterbach. „Die Krankenhausreform kostet jetzt kurzfristig etwas, macht Druck auf den Beitragssatz.“

Kritik an den Kosten der Reform kommt aus der Opposition. Der CDU-Gesundheitspolitiker Tino Sorge schrieb auf der Plattform X, dass sich Lauterbach „angesichts historischer Beitragsexplosionen“ fälschlicherweise als „preisgünstigster Gesundheitsminister“ darstelle.

Teure Brücken fürs Wild

Tierschützer finden, sie sind unverzichtbar. Dabei haben sie oft keinen Nutzen.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Die Einschätzungen im Bericht des Bundesrechnungshofs fallen eindeutig aus: „Unnötig aufwendig“, „in Konstruktion und Gestaltung oftmals überzogen“ sowie gebaut „an nicht oder wenig geeigneten Standorten“.

Schon seit längerem beklagen die Rechnungsprüfer, dass sogenannte „Wildtierbrücken“ in Deutschland oft keinen Nutzen haben, Millionen Euro also in den Sand gesetzt werden. Kürzlich beschäftigte sich auch der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags erneut mit dem Thema. Der Vize-Vorsitzende des Gremiums, Leon Eckert (Grüne), sagte unserer Redaktion, grundsätzlich unterstütze man den Bau von Wildtierbrücken. „Im Fokus“ stünden aber die „fehlerhaften, ungenügenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen“, die der Rechnungshof schon mehrfach beklagt habe. Die Konsequenz:

„Für die Wildtierbrücken hat der Rechnungsprüfungsausschuss eine ordentliche Variantenuntersuchung und Wirtschaftlichkeitsberechnung eingefordert.“

In dem Bericht der Behörde heißt es, Bundesfernstraßen würden Lebensräume von Wildtieren zerschneiden. „Diese Folgen sollen Wildtierbrücken mildern.“ Seit dem Jahr 2017 habe man aber in mehreren Ländern die Planung und den Bau von insgesamt 35 Wildtierbrücken geprüft. Mit einer schlichteren Konstruktion, einer weniger aufwendigen Gestaltung und einer geringeren Breite hätte man mindestens zwölf Millionen Euro einsparen können, so die Experten. „Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass die Straßenbauverwaltungen die Notwendigkeit von Wildtierbrücken oftmals nicht nachwiesen.“ Man habe daher das Verkehrsministerium aufgefordert, solche Bauten nur noch dann zu fi-

nanzieren, „wenn sie nachweislich notwendig und wirtschaftlich sind“.

Aus dem Ressort von Minister Volker Wissing (FDP) heißt es nun, die vorgebrachten Einwände würden derzeit geprüft. Das Verkehrsministerium habe eine Arbeitsgruppe eingerichtet mit dem Ziel, die Anforderungen zum Beispiel im Zusammenhang „mit dem Bau von Wildtierbrücken an Bundesfernstraßen systematisch zu evaluieren und zu konkretisieren. Die Arbeit der Arbeitsgruppe dauert zurzeit noch an“, so eine Sprecherin zu unserer Redaktion. Da Querungshilfen „der Vernetzung von Lebensräumen und der schadlosen Querung von Wildtieren über Straßen“ diene, habe man zudem ein entsprechendes Merkblatt zur Anlage der Brücken überarbeitet.

Laut Tierschutzbund existieren nach Schätzungen rund 100 solcher Grünbrücken in Deutschland. Aufgrund der stetig zunehmenden Zerschneidung der Lebensräume „sind Wildtierbrücken für Rehe, Hirsche, Wildschweine, Füchse, Wölfe, Luchse, aber auch für Amphibien und Reptilien überlebenswichtig, um Straßen oder Bahngleise unbeschadet überqueren zu können“, so Sprecherin Nadia Wattad zu unserer Redaktion. Jedes Jahr kämen trotzdem Hunderttausende von Wildtieren im Straßenverkehr ums Leben. Für den Tierschutzbund ist somit klar: „Offensiv“ für mehr Wildtierbrücken seien immens wichtig.



Nicht nur für Wölfe, auch für Rehe sind Wildtierbrücken gedacht. FOTO: RAIMUND LINKE/EPD